



Postulat Schneider Andy und Mit. über die Weiterführung von Massnahmen zur Linderung und zur Prävention psychosozialer Corona-Folgen im Schulbereich

eröffnet am 21. März 2022

Der Regierungsrat wird aufgefordert, getroffene Massnahmen zu verlängern und neue zu prüfen, um auf die anhaltenden negativen psychosozialen Folgen der Corona-Pandemie an den Schulen zu reagieren und weiteren Verschlechterungen vorzubeugen.

Begründung:

Seit zwei Jahren bestimmen die Pandemie und ihre Folgen unser Denken und Handeln in allen Lebensbereichen. Die erlebte verlässliche Sicherheit, welche Heranwachsende für Herausforderungen in der Zukunft resilient macht, ist erschüttert. Auch Buben und Mädchen mussten sich immer wieder den aktuell geltenden Massnahmen anpassen. Stichworte dazu sind: Maskenpflicht für Kinder ab Schuleintritt, Reihen- und Nachttests, Isolation, Quarantäne, Unterricht bei Stellvertretungen, Ausfall von Ausflügen/Schwimmen/«Events», einschränkende Regelungen, um Klassendurchmischungen vorzubeugen (z. B. auf dem Pausenplatz). Geregelter Schulbetrieb war streckenweise trotz grösster Bemühungen und gelebter Solidarität, Flexibilität und Leistungsbereitschaft aller an der Schule Beteiligten nur noch teilweise möglich.

Der Corona-Report (Update 2021) zeigt auf, dass ein Teil der Kinder und Jugendlichen durch die Pandemie-Situation stark und nachhaltig in ihrer Entwicklung gefährdet ist. Vorbestehende Probleme, Entwicklungsrisiken und Ungleichheiten werden durch die Krise akzentuiert. Der Report plädiert dringend für eine Stärkung der niederschweligen Erstberatungsstellen.

Während ein grosser Teil der Familien die Krise bis jetzt gut überstanden hat, berichten Luzerner Schuldienstleitende von einer Häufung verschiedener Phänomene, die wohl direkt auf die Pandemie zurückzuführen sind:

- Interventionsintensität wie auch Interventionsdauer vieler Fälle haben zugenommen. Oft sind sowohl schulische wie auch familiäre, höchst komplexe Fragestellungen zu bearbeiten. Familiensysteme, welche «knapp» funktionierten, sind wegen Pandemiesorgen oder -folgen aus dem Lot geraten. Es kumulieren wirtschaftliche, soziale und psychische Schwierigkeiten zu dramatischen Situationen. Aufgrund mangelnder Triage-Möglichkeiten verbleiben diese während der Wartezeit auf eine Behandlung durch die Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJPD) in der Zuständigkeit der Mitarbeitenden in den Bereichen Schulpsychologie und Schulsozialarbeit. Die Interventionen nehmen Therapiecharakter an – wo bisher Abklärung, Beratung und Triage ausreichend waren. Dies – und der anhaltend hohe Falldruck – wirkt sich je länger je mehr negativ auf die Berufszufriedenheit der Fachpersonen aus.
- Gehäuftes Phänomen Schulabsentismus: Durch den Lockdown und oft wiederholte Schulabsenzen in Folge von Quarantäne und Isolation ist die Hemmschwelle fürs Wegbleiben aus der Schule kleiner geworden. Bei sehr jungen Mädchen und Jungen gibt es vermehrt hartnäckige Ablösungsprobleme, welche einen guten Start in die Schule massiv

erschweren. Daraus ergeben sich Situationen mit hoher Dringlichkeit und grossem Aufwand.

- Kinder und Minderjährige mit Tendenz zu Rückzug (aufgrund von Depression oder Ängstlichkeit) machen Rückschritte in der sozialen Interaktion, weil die Übung darin infolge verminderter sozialer Kontakte fehlt.
- Aufgrund gestiegener Verunsicherung betreffend Verhaltens- und Leistungsprobleme haben Kurzanfragen durch Eltern und Lehrpersonen an allen schulischen Fachdiensten stark zugenommen.
- Es ist eine deutliche Häufung von ungesund hohem Medienkonsum durch Schüler und Schülerinnen zu beobachten. Sucht im Umgang mit digitalen Medien in den Bereichen Games, Social Media, Binge-Watching usw. entsteht rasch, bleibt aber hartnäckig und langanhaltend, wenn die betroffenen Minderjährigen nicht zeitnah Unterstützung erhalten. Die Medienbildung durch den Lehrplan 21 greift oft noch zu wenig.
- Fragestellungen nach Sonderschulung, wie auch eingereichte Sonderschulanträge (besonders in den Bereichen Sprache und Verhalten/sozio-emotionale Entwicklung) sind deutlich gestiegen.
- Aufgrund der hohen Zahl sehr dringlicher Fragestellungen können die in den Berufsaufträgen verankerten Aufgaben der Gruppenangebote und Schulunterstützung, beziehungsweise der Bereich Prävention, aktuell nur noch ungenügend umgesetzt werden, wodurch eine anhaltende Mehrbelastung durch Einzelfallarbeit absehbar ist.

Die Belastung aller schulunterstützenden Angebote ist trotz der aktuell erweiterten Pensen hoch. Dies schlägt sich aber nur bedingt in den Statistik-Zahlen nieder: In der Schulpsychologie werden bearbeitete Fälle (nicht Anmeldungen) erfasst – an allen Stellen verlängern sich Wartelisten. Oft müssen Anmeldungen aufgrund ihrer Dringlichkeit priorisiert werden, was sich auf Kinder und Jugendliche mit weniger dringenden Fragestellungen auswirkt. Aber auch ein langfristig nicht diagnostizierter und behandelter, vermeintlich einfacher Anmeldegrund kann durch die Dauer zu sekundären psychosozialen Folgen führen, welche in der Aufarbeitung übermässig mehr Zeit beanspruchen als eine zeitnahe Intervention benötigt hätte. Die Belastung der Mitarbeitenden ist sehr hoch. Zahlen des laufenden Schuljahres sind noch ausstehend.

Die Situation am KJPD ist weiter angespannt. Wartezeiten von zwölf Monaten sind in spezifischen Fragestellungen Realität. Die Regierung hat die Notsituation erkannt und am 6. Dezember 2021 den Planungsbericht Psychiatrie des Kantons Luzern sowie fünf Vollzeitstellen gutgeheissen. Die Umsetzung dieses Massnahmenpakets steckt noch in der Planungsphase und hat noch keine Effekte auf die Wartelisten.

Auch wenn die Zeichen auf «Pandemie-Ende» hindeuten, sind die Folgen doch als noch länger anhaltend und teilweise erst auftretend zu erwarten. Es ist eine gesellschaftliche Verantwortung, Kindern und Jugendlichen in Krisensituationen zu helfen, denn sie haben gemäss der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Unterstützung und Gesundheit.

Aus all diesen Gründen wird der Regierungsrat beauftragt, die folgenden per August 2022 auslaufenden Massnahmen um ein Jahr zur verlängern:

- Weiterführung der Pensenerweiterung um 10 Prozent des Pensenvolumens in den Bereichen Schulpsychologie und Schulsozialarbeit,
- Weiterführung der Aufstockung der Ressourcen bei den SOS-Massnahmen.

Ausserdem ist zu prüfen, ob weitere Massnahmen nötig sind und ob der bereits vor der Pandemie bestehenden Überlastung in den Bereichen Schulpsychologie und Schulsozialarbeit mit einer zeitlich unbefristeten Richtzahl-Anpassung begegnet werden muss.

Schneider Andy
Sager Urban
Widmer Reichlin Gisela

Fässler Peter
Lehmann Meta
Candan Hasan
Ledergerber Michael
Wimmer-Lötscher Marianne
Meier Anja
Brunner Simone
Meyer Jörg
Fanaj Ylfete
Setz Isenegger Melanie
Frey Monique
Engler Pia
Schuler Josef
Häfliger-Kunz Priska
Peyer Ludwig
Boos-Braun Sibylle
Muff Sara
Heeb Jonas
Budmiger Marcel